

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 80 Hg.
Bergnigungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 80 Hg.
Versammlungsanzeigen 15 Hg.

Sparsamkeit.

Die Verhältnisse, wie sie sich während des Krieges entwickelt haben, zwingen zur größtmöglichen Sparsamkeit im Verbrauch der Lebensbedürfnisse. Diese Sparsamkeit ist von den Behörden in ein System gebracht. Die notwendigsten Lebensmittel werden uns in Mengen zugeteilt, die zum Sattwerden nicht ausreichen. Der Mangel an Textilstoffen und an Leder hat dazu geführt, daß der Bezug von Kleidern und Schuhwaren von der in jedem Einzelfall nachzusuchen den Erlaubnis der Behörden abhängig gemacht wird. Um an Brennstoffen zu sparen, ist in neuerer Zeit ein frühzeitiger Schluß der offenen Verkaufsstellen, der Schankstätten, der Theater und Lustbarkeiten verfügt worden. Die öffentliche Beleuchtung ist eingeschränkt und die Lichtreklame ist verboten worden. Um am Betriebsmaterial zu sparen, hat man den Verkehr der Eisenbahn und der Straßenbahnen in einem Maße eingeschränkt, der in den Großstädten, besonders in Berlin, zu einer empfindlichen Verkehrsalamität geführt hat. Kurzum, auf allen Gebieten wird gespart. In diesem Sparsystem gibt es nur eine Ausnahme: Mit der menschlichen Arbeitskraft wird nicht gespart, sie wird zur höchstmöglichen Ausnützung angereizt.

Was im Frieden in mühseligem Ringen an Arbeiterschuldbestimmungen erlangt wurde, ist im Kriege entweder ausdrücklich aufgehoben oder tatsächlich preisgegeben worden. In der berühmten Sitzung vom 4. August 1914 beschloß der Reichstag, die Behörden zu ermächtigen, die zum Schutz der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter erlassenen Vorschriften der Gewerbeordnung außer Kraft zu setzen. Die seither unternommenen Versuche, die Aufhebung dieses Gesetzes, also die Wiederherstellung der Gewerbeordnung zu erlangen, waren vergeblich. In welchem Umfang die Behörden von der Ermächtigung, die Arbeiterschuldbestimmungen außer Kraft zu setzen, Gebrauch gemacht haben, ist nicht bekannt, und noch weniger ist es möglich, einen Überblick über die nicht seltenen Fälle zu erlangen, in denen die Bestimmungen ohne Erlaubnis übertreten wurden. Während des Krieges werden die Berichte der Gewerbeinspektoren nicht veröffentlicht, man weiß deshalb auch nicht, in welchem Umfang die Gewerbeaufsicht während des Krieges eingeschränkt wurde. Dagegen ergibt sich aus den Veröffentlichungen der Berufsgenossenschaften, daß der Unfallschutz sehr im argen liegt. Die Ueberwachung der Betriebe ist auf das äußerste eingeschränkt, und die Uebertretung der Schutzvorschriften ist gang und gäbe.

Dieses Gehenlassen gegenüber dem Arbeiterschutze wird als ein Ausfluß der Kriegsnotwendigkeit bezeichnet. Die wehrfähigen Männer stehen unter den Waffen, da muß die Arbeitskraft der Zurückgebliebenen auf das äußerste angespannt werden, um das Wirtschaftsleben im Gang zu erhalten und die verschiedenartigen Bedürfnisse für den Heeresbedarf herzustellen. Mit der Anspannung der menschlichen Arbeitskraft soll jetzt noch ein Schritt weiter gegangen werden. Ein offizielles Rundschreiben sucht Stimmung zu machen für die allgemeine Einführung der durchgehenden Arbeitszeit. Begründet wird dieser Vorschlag vor allem mit der dadurch zu erreichenden Ersparnis an Licht und Kraft. Jetzt stehen viele Betriebe mittags 1 1/2 bis 2 Stunden still; fällt diese Pause fort, dann kann der Betrieb abends früher geschlossen und dadurch entsprechend Licht, Antriebskraft und Heizung gespart werden. Von behördlichen Maßnahmen will man ja vorläufig absehen, aber den Inhabern der Großbetriebe wird nahegelegt, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Bahn freizumachen für die allgemeine Einführung der durchgehenden Arbeitszeit.

Es dürfte wohl zutreffen, daß die ungeteilte Arbeitszeit Ersparnisse an Betriebsmaterial bringt. Die allgemeine Einführung einer solchen Einrichtung erscheint jedoch bei der gegenwärtigen Zusammenfassung der Arbeiterschaft recht bedenklich. Die rüstigen Männer befinden sich beim Heere, außer der großen Zahl weiblicher Arbeiter stehen in den Fabriken jugendliche Arbeiter, die noch nicht heerespflichtig sind, ferner ältere Männer, die das Landsturmalter überschritten haben, und die übrigen sind meist solche Männer, die wegen körperlicher Mängel vom Heeresdienst befreit sind. Es sind also fast durchweg Arbeiterkategorien, die eines besonderen Schutzes gegen Ueberanstrengung bedürfen.

Die Gewerbeordnung hat bisher nur Schutzbestimmungen für weibliche und jugendliche Arbeiter enthalten, und ein wesentlicher Teil dieser Schutzbestimmungen waren Vorschriften über die zu gewährenden Pausen. Sollten die Voraussetzungen, unter welchen diese Bestimmungen erlassen wurden, irrig gewesen, die Pausen wirklich entbehrlich sein? Das wird niemand behaupten wollen. Die Unterbrechung der Arbeit durch regelmäßige Pausen, bei denen die ungesunden Arbeitsräume verlassen, frische Luft geatmet und den Arbeitern Erholung von der körperlichen und geistigen Anstrengung der Arbeit gegönnt wird, sind für die Gesunderhaltung des Arbeiters von großer Wichtigkeit. Man braucht nur an die Unfallstatistiken zu erinnern, aus denen hervorgeht, daß nach einer Reihe von Arbeits-

stunden die Unfallhäufigkeit zunimmt, um die Arbeitspausen als ein unfallverhütendes Moment richtig zu wärtdigen.

Wenn wir gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit als einer Kriegsmäßnahme zur Erzielung von Ersparnissen an Betriebskraft und Licht Bedenken äußern, so verkennen wir dabei keineswegs, daß eine Zusammendrängung der Arbeitszeit durch Verkürzung oder Wegfall der Pausen unter Umständen auch dem Arbeiter zum Vorteil gereicht. Das trifft insbesondere dort zu, wo weite Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte zurückzulegen sind, und es infolgedessen dem Arbeiter in der Regel nicht möglich ist, sein Mittagmahl im Kreise der Familie einzunehmen. Durch den Wegfall oder die starke Verkürzung der Pausen gewinnt der Arbeiter an freier Zeit, die er nutzbringend für sich verwenden kann. Nichtsdestoweniger wird man aber doch darauf bestehen müssen, daß den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern ihre Pausen erhalten bleiben.

Eine wichtige Voraussetzung für die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ist eine Verminderung der täglichen Arbeitsstunden. Acht Stunden täglich dürfte wohl das höchste sein, was man einem Arbeiter zumuten kann, der ohne längere Unterbrechung sein Werk verrichten soll. Dabei darf nicht übersehen werden, daß er eine seinem Kräfteverbrauch entsprechende Nahrung erhalten muß. Wenn man darauf hinweist, daß die durchgehende Arbeitszeit in Amerika und in England die übliche Einrichtung ist, dann darf man nicht vergessen, daß dort in der Regel nicht länger, vielfach aber weniger als acht Stunden im Tag gearbeitet wird, und daß der amerikanische und der englische Arbeiter gewohnt sind, vor Beginn der Arbeitszeit ein reichliches und nahrhaftes Frühstück einzunehmen und nach beendeter Arbeit sehr gründlich zu speisen.

Wie steht es dagegen bei uns? Schon im Frieden hat die Ernährung des Arbeiters recht viel zu wünschen übrig gelassen, jetzt ist der Hunger sein täglicher Gast. Der arbeitenden Bevölkerung wird fortwährend Sparsamkeit im Verbrauch von Lebensmitteln gepredigt. Diefers werden diese Mahnungen mit der Mitteilung gewürzt, daß in absehbarer Zeit in dieser oder jener Hinsicht eine Besserung eintreten würde. Dabei werden aber die Rationen, wie z. B. neuerdings wieder bei den Kartoffeln, immer weiter gekürzt, ohne daß ein genügender Ersatz geboten wird. Wir wollen auf die ganze Mißere der Nahrungsmittelversorgung hier nicht eingehen, weiß doch jeder Arbeiter selbst, wie schlimm es damit bestellt ist. Die Trostgründe wie der Hinweis, daß die Nahrungsmittel auch in den feindlichen Ländern knapp zu werden beginnen, verfangen nicht.

Wir wissen, daß die im Lande befindlichen Lebensmittel nur ausreichen, wenn der Verbrauch sorgfältig eingeschränkt wird, und daß der sparsame Verbrauch nur durch eine weitgehende Rationierung erzielt werden kann. Wogegen wir uns wenden, ist, daß die Rationierung nicht in hinreichendem Maße durchgeführt wird. Würde beispielsweise die Massenspeisung, mit der jetzt in den Städten Anfänge gemacht wurden, allgemein durchgeführt und auf alle Bevölkerungsklassen ausgedehnt, dann könnten die auf den einzelnen fallenden Portionen viel reichlicher bemessen werden. Statt dessen sucht man den Ausgleich in der Weise, daß man den Schwer- und Schwerstarbeitern Zulagen an Brot und Kartoffeln gewährt und für die Munitionsarbeiter Fettkammlungen veranstaltet. Das ist schön und gut, aber sehr viele Arbeiter, die gleichfalls angestrengt arbeiten müssen, ohne aber in die fragliche Kategorie zu fallen, haben das Nachsehen.

Sie werden bei der Verteilung den wohlhabenden Klassen gleichgestellt. Diese sind aber auf die rationierten Lebensmittel nicht angewiesen. Sie können sich für ihr Geld noch genug Lebensmittel beschaffen, die der Rationierung nicht unterworfen sind, ein Ausweg, der den Arbeitern nicht offensteht, weil die marktfreien Waren für sie unerschwinglich teuer sind. Aber auch von den der Rationierung unterworfenen Waren sind viel größere Mengen vorhanden, als zur allgemeinen Verteilung gelangen. Es bedarf keiner besonderen Hellhörigkeit, um zu erfahren, daß da und dort von Lebensmitteln, die im öffentlichen Handel nicht mehr zu haben sind, jede beliebige Menge erhältlich ist, wenn nur die geforderten Phantasiepreise gezahlt werden. Hin und wieder hört man wohl, daß solche ein Hamsterlager ausgeräumt wurde, wenn aber die zuständigen Behörden diesem gemeinschädlichen Unfug mit rücksichtsloser Energie zu Leibe gehen würden, könnte auch die Ernährung der Arbeiterschaft die dringend wünschenswerte Aufbesserung erfahren.

Das Gebiet, auf welchem jetzt die Sparsamkeit am dringendsten geliebt werden muß, ist die menschliche Arbeitskraft. Die allgemeine Einführung der durchgehenden Arbeitszeit würde bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen die körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter noch weiter beeinträchtigen. Ehe solche Experimente unternommen werden, muß eine wirklich gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel durchgeführt sein. Die Ersparnis an Licht und Betriebskraft ist gewiß gut, notwendiger aber noch ist es, den knurrenden Magen der Arbeiter zu befriedigen.

Die Gewerkschaften zur Ablehnung des Friedensangebots.

Die scharfe Ablehnung des deutschen Friedensangebots seitens der Ententemächte hat den Zentralinstanzen der an der Konferenz vom 12. Dezember beteiligten Gewerkschaftsrichtungen veranlaßt, dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsamts die Entschlossenheit der von ihnen vertretenen Gewerkschaften zu bekunden, an der Vereitelung der Pläne der feindlichen Mächte tatkräftig mitzuwirken. Beide Rundgebungen sind vom 16. Januar datiert. Die an den Reichskanzler gerichtete hat folgenden Wortlaut:

„Ew. Excellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verkündet, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freudige Aufnahme der Bekanntgabe des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand.

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Die unsinnigen Forderungen der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampfesfronten keiner Erörterung.

Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkennen nicht, daß die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft.

Die Antwort der Entente hebt jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet. In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung anregen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Blutvergießen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.

Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen gesichert und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden.

Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeiführenden Völker, die Verwüftung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte um die Existenz unseres Landes einzusetzen.

An den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Generalleutnant Gröner, wurde die nachstehende Rundgebung gerichtet:

„Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Ew. Excellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch betätigt.

Angesichts der rückichtslosen Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verblindeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Ev. Erzengel zu erklären, daß wir alles daransetzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln."

Beide Rundgebungen tragen die folgenden Unterschriften: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, A. Stegerwald, Verband der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.), Gust. Hartmann, Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Eisner, Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, S. Aufhäuser, Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände, Dr. Höfle.

Die Antwort des Reichskanzlers an die Gewerkschaften ist vom 18. Januar datiert und hat folgenden Wortlaut:

"Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 16. d. M. vereinigt haben, danke ich von Herzen für die kraftvolle Rundgebung ihres entschlossenen vaterländischen Willens. Ich weiß, daß in Ihrem Schreiben die Gedanken von Millionen unserer Volksgenossen Worte gefunden haben. Die Heimat, an der wir hängen, die Zukunft, an der wir bauen, sie wären in Trümmer geschlagen, wenn der Feind sein Ziel erreichte. Mit jedem Tag enthüllt er schamloser die Absichten, die auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen gehen. Keinem Eroberer aber, und mag er über alle Macht der Welt gebieten, ist es bestimmt, das deutsche Volk in ein Sklavenjoch zu beugen. Einig im Kampf für unsere Freiheit, die niemals fremdes Recht mißachtet hat, haben wir die neue Herausforderung angenommen. Daß in diesem schweren Kampfe die deutsche Arbeiterschaft treu und fest zum Vaterlande steht, haben Sie in Ihrem Schreiben in erhabenden Worten ausgesprochen. Das ist mir eine feste Bürgschaft für unseren endlichen Sieg und für eine Zukunft Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden sollen."

Der Präsident des Kriegsamts antwortete:

"Ihr Schreiben vom 16. Januar 1917 ist die beste Antwort der deutschen Angestellten und Arbeiterschaft auf die schamlosen Rundgebungen unserer Feinde. Das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen! Der englische Hochmut wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen."

Soziales.

Der Sparzwang für die jugendlichen Arbeiter.

Die seit Beginn des vorigen Jahres in einer Reihe von Bezirken durch die militärischen Kommandostellen herausgegebenen Sparerlasse haben eine sehr verschiedenartige Aufnahme gefunden. Von manchen Seiten wurde das erzieherische Moment, das diesen Erlassen innewohnt, sehr gelobt. Ganz anders lautete aber das Urteil der von der Maßnahme unmittelbar betroffenen Kreise. An manchen Orten haben sogar die in Frage kommenden Arbeiter der Durchführung des Sparzwanges entschiedenen Widerstand entgegengebracht. Die Gewerkschaften haben sich von vornherein dieser Art Sozialpolitik ablehnend gegenübergestellt, und in der Gewerkschaftspreße ist der Sparzwang mit guten Gründen bekämpft worden.

Werkwürdigerweise wollten die Organe der christlichen Gewerkschaften diese Gründe nicht wahr haben. In einer Polemik gegen das "Correspondenzblatt der Generalkommission" fand das "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" dessen Gründe "etwas sehr matt". Nachdem es den Sparzwang nach verschiedenen Richtungen gelobt hatte, sagte das "Zentralblatt" zusammenfassend: "Wir können uns vorläufig den Gläubigen nicht nehmen lassen, daß die Verordnungen der Militärbehörden unter den jetzigen Ausnahmeverhältnissen — und nur dafür sind sie ja bestimmt — ein sozialer Fortschritt sind, und deshalb begrüßen wir sie. Sollten sie sich wider Erwarten nicht bewähren, so werden wir eben auf ihre Beseitigung hinarbeiten."

Als das "Zentralblatt" diese Worte im März vorigen Jahres schrieb, hat es wohl kaum gedacht, daß sein Tag von Damaskus so schnell kommen würde. In seiner Nr. 2 vom 15. Januar urteilt es ganz anders über den Gegenstand. Jetzt gibt das "Zentralblatt" zu, daß die Befürchtung jener immer mehr gerechtfertigt wird, die voraussetzten, es könnte die Festsetzung eines bestimmten Maximums, das nur zur Auszahlung an die Jugendlichen gelangen dürfte, ein Anlaß zum Lohnstreik werden. Bei neuerlichen Tarifverhandlungen, so fährt das Blatt fort, "haben bestimmte Gruppen von Arbeitgebern tatsächlich versucht, die Höchstgrenze des zur Auszahlung gelangenden Betrages allgemein zur Norm von Lohnfestsetzungen zu machen. Gegen eine solche Praxis muß sich die ganze Arbeiterschaft entschieden auflehnen und sich auf den Standpunkt stellen, daß für sie damit der Sparzwang überhaupt jede Berechtigung verliert. Wir lehnen es ab, Praktiken voranzutreiben, die unter dem Mantel der stützlichen Maßnahmen den Arbeitgebern eine arbeiterschaftliche Politik erleichtern. Hier wird im wahren Sinne des Wortes die Wohltat — Plage. Das machen wir nicht mit!"

Das sind Worte von erschütterlicher Entschiedenheit, die um so schwerwiegender sind, als sich das christliche "Zentralblatt" selber bemüht hat, dem Sparzwang nur gute Seiten abzugewinnen. Hoffentlich werden diese Worte auch an den zuständigen Stellen gehört: es wäre wirklich zu wünschen, daß die Arbeiterschaft von der Plage dieser Wohltat befreit werde.

Ausreichender Lohn für die Hilfsdienstpflichtigen.

In einer durch die Presse gehenden offiziellen Notiz wird auf den § 8 des Hilfsdienstgesetzes hingewiesen, der folgenden Wortlaut hat:

"Bei der Überweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse,

den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn dem Beschäftigten und etwa zu verforgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht."

Hierzu wird erklärend ausgeführt, daß bei den Arbeitern oder Angestellten, die einem bestimmten Betriebe überwiesen sind, darauf Rücksicht genommen werden muß, daß ihr Verdienst auch die Versorgung ihrer Familien deckt. Der verheiratete Arbeiter, der außerhalb seines Heimatortes arbeitet, hat naturgemäß doppelte Kosten, da er nicht nur sich selbst, sondern auch noch den getrennten Haushalt in der Heimat unterhalten muß. Die Angehörigen eines Hilfsdienstpflichtigen haben im Gegensatz zu denen der Kriegsteilnehmer, die auf Grund ihrer Wehrpflicht einberufen sind, keinen Anspruch auf die gesetzliche Familienunterstützung. Das soll aber nach § 8 des Gesetzes durch die Bemessung des Arbeitseinkommens des einzelnen Hilfsdienstpflichtigen ausgeglichen werden.

Diejenigen, die sich ihre Arbeitsstätte im vaterländischen Hilfsdienst frei wählen, müssen natürlich zunächst selbst erwägen, ob ihnen dies außerhalb des Wohnortes ihrer Familie möglich ist. Aber auch sie haben nach dem richtig verstandenen Gesetz Anspruch auf angemessenen Arbeitsverdienst im Sinne des § 8. Den Betriebsinhabern, die auswärtige Arbeiter beschäftigen, muß dringend geraten werden, diesen einen Lohn zu gewähren, der nicht nur an sich angemessen ist, sondern den Arbeitern auch die Versorgung ihrer Familien ermöglicht.

Es liegt nicht im Sinne des Gesetzes, ja, der ihm zugrunde liegende Gedanke könnte gefährdet werden, wenn sich jetzt herausstellen sollte, daß die Arbeitnehmer die Betriebsstelle, der sie überwiesen worden sind, allzu leicht nur deswegen verlassen, weil ihnen anderwärts bessere Arbeitsbedingungen geboten werden. Der Zweck des Gesetzes, alle Kräfte der Nation zur Kriegsarbeit aufzubieten, muß immer der oberste, alles beherrschende Grundsatz bleiben. Es muß deshalb an den vaterländischen Sinn aller Beteiligten appelliert werden. Zunächst an die Arbeitnehmer selbst und diejenigen, die auf sie Einfluß haben: auszuharren, so lange es geht, an der alten Betriebsstelle. Nicht minder aber auch an die Arbeitgeber: ihren Mitarbeitern genügenden Lohn zu geben und nicht etwa — was besonders beklagenswert wäre — einem anderen Betriebe die Arbeitskräfte durch ein Ausbilden höherer Löhne auszuspannen. Sowohl Lohnrückerei als auch Lohntreiberei gefährden das Gesetz.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Der in nächster Woche erscheinenden Februar-Nummer des "Holzarbeiter-Frauenblatt" liegt Nr. 2 der "Feldpost-Zeitung" für die im Felde stehenden Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bei. Die Kriegerfrauen werden durch eine Aufforderung im Frauenblatt ersucht, die "Feldpost-Zeitung" den Männern im Heere zuzusenden. Der Verband an die einberufenen ledigen Mitglieder müssen die Ortsverwaltungen übernehmen, denen die entsprechende Anzahl mit Nr. 5 der "Holzarbeiter-Zeitung" zugehen wird. Sollte die überlieferte Stückzahl in einer Zahlstelle nicht ausreichen, so bitten wir um Nachbestellung. An alle Verbandskollegen richten wir das Ersuchen, dazu mitzuhelfen, daß jedes einberufene Mitglied die "Feldpost-Zeitung" zugesandt erhält.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Januar ist spätestens bis zum 2. Februar an uns einzuliefern. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Rücküberstellung von keiner Zahlstelle veräußert werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 6028 (Jugendl.) Mich. Oppelt, Korbim., geb. 8. 9. 99 zu Euzling.
- 399370 Jul. Fedorf, Polierer, geb. 25. 12. 84 zu Bonn.
- 433326 Wilh. Schmitze, Schiffszimm., geb. 20. 10. 89 zu Geseffmünde.

Berlin SO. 15, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vergolder.) In der Branchenversammlung am 16. Januar erstattete der Branchenleiter Kollege Gerndt den Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Vergolder recht nennenswerte Vorteile in bezug auf Teuerungszulagen erzielt haben. Allerdings, so wurde bemerkt, liegen noch einige Betriebe aus, in denen die 25 Prozent nicht erreicht werden konnten. Zum Teil durch die Indifferenz der Kollegen selbst, zum Teil durch den Mangel an Material, insbesondere Spiritus, als Folge des gegenwärtigen Krieges. Die Bewegung zur Erreichung der 25 Prozent Zulage wird aber in diesem Jahre fortgeführt, und die noch fehlenden Unternehmer werden zur Zahlung der Zulage veranlaßt werden. Die Leitung der Organisation hat für die Bewegung getan, was zu tun möglich war, ihr sind keinerlei Vorwürfe zu machen. Kollege Gerndt ging dann auf die von gewisser Seite angelegte Sabotierung der gewerkschaftlichen Organisation ein. Würden wir dieser Vorheit folgen, so hätten die Unternehmer einzig und allein ihre größte Freude daran. Ob wohl jene Saboteure schon darüber nachgedacht haben, was mit Beseitigung des Krieges eintreten wird? Dann erst wird sich

die größte Not, das größte Elend zeigen. Die Beschäftigung in der Kriegsindustrie wird aufhören, und viele Tausende von Arbeitern, die in den in Betracht kommenden Arbeitszweigen Beschäftigung finden, werden dann arbeitslos sein. Auch unsere Branche wird eine recht stattliche Zahl von Arbeitslosen aufzuweisen haben. Die Verbindungen, welche mit dem Auslande bestanden haben, sind durch den Krieg gelöst. Die Exporteure unserer Branche werden von neuem nach Abnehmern suchen müssen, denn das Inland bietet nicht genug Absatzmöglichkeit für die von uns erzeugten Waren; unsere Branche ist auf den Export angewiesen. Die vielen Kollegen unserer Branche, die in der Kriegsindustrie lohnende Beschäftigung gefunden haben, werden mit Beendigung des Krieges zu unserem Beruf zurückkehren, desgleichen auch die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen. Das Überangebot an Arbeitskräften werden die Unternehmer für sich ausnutzen. Sie werden suchen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Das wird zu Kämpfen führen, die schwerer sein werden als alles, was wir seither auf diesem Gebiet erlebt haben. War es nicht die Drangsalaktion, welche uns zu alledem, was wir erreicht haben, ihre Hilfe geleistet hat? Ohne sie hätten wir so manches nicht erreichen können. Waren doch die Unternehmer der Meinung, sie brauchten den weiblichen Kollegen keine Teuerungszulage zu zahlen, da sie nach ihrer Meinung nicht organisiert sind. Wir wären ohne unsere Organisation dem Unternehmer als willenlose Sklaven ausgeliefert gewesen. Anstatt den Arbeitern und den Arbeiterinnen zuzurufen, stärkt eure Organisation, sammelt Munition, damit ihr die euch drohende Gefahr siegreich abwehren könnt, kommen jene neuen Propheten und lehren uns, gebt eure beste Waffe aus der Hand, damit euch das Unternehmertum zu gegebener Zeit den Fuß in den Nacken setzen kann! So befragen die Herren Saboteure die Geschäfte der Unternehmer. Das machen wir nicht mit! Im Gegensatz zu jenen Saboteuren wollen wir dafür sorgen, daß auch der letzte unserer Kollegen organisiert ist. Hatten wir der Organisation die Treue, dann werden wir mit ihrer Hilfe die uns bevorstehenden Kämpfe siegreich bestehen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen beifällig zu. — Bei den vorgenommenen Wahlen wurde der Kollege Gerndt als Branchenleiter, Kollege Schulze als Obmann sowie die übrigen Funktionäre der Branche wiedergewählt.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.
Der Rheinisch-Westfälische Innungsverband und das Reichsamt des Innern.

Die Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverband und dem ihm verbündeten Westdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wegen Bewilligung von Teuerungszulagen haben sich verschlagen, worauf die beteiligten Arbeiterorganisationen, wie wir bereits berichtet haben, die Verträge gekündigt haben. Unser Verbandsvorstand hat hierauf im Einverständnis mit dem Vorstand des christlichen Verbandes und des Sächsisch-Dunderschen Gewerkevereins den Sachverhalt dem Reichsamt des Innern mitgeteilt. Dieses wollte zur Herbeiführung einer Verständigung eine Sitzung mit den Beteiligten abhalten, die auf den 17. Januar im Reichsamt des Innern anberaumt war. Die Unternehmer haben jedoch die Teilnahme an einer solchen Sitzung abgelehnt. Diese Ablehnung haben sie in einem Schreiben an das Reichsamt des Innern begründet, in welchem sie der Wahrheit zuwider behaupten, daß sie "die materiellen Forderungen der Holzarbeiter-Verbände sowohl zur Erhöhung des vertraglichen Durchschnittslohnes als auch zur Teuerungshilfe bewilligt haben". Was es mit der Bewilligung tatsächlich auf sich hat, geht aus unserem Bericht in Nr. 2 der "Holzarbeiter-Zeitung" hervor. — Mit der Ablehnung des vom Reichsamt des Innern unternommenen Einigungsversuches ist die Angelegenheit natürlich nicht erledigt. Unser Verband wird kein Mittel unversucht lassen, auch den Kollegen in Rheinland-Westfalen zu ihrem Recht zu verhelfen.

In Kirchheim u. T. begegnet das Verlangen unserer Kollegen nach Gewährung der vereinbarten Teuerungszulagen bei der Holzwarenfabrik Weil u. Meyer unerwartetem Widerstand. Während die anderen Firmen in Kirchheim ihren Arbeitern die vereinbarte Zulage von 20 Pf. pro Stunde anstandslos gewähren, würdigte die genannte Firma die Organisationsleitung, die Verhandlungen angeboten hatte, nicht einmal einer Antwort. Ganze 3 Pf. wollte sie bewilligen, aber auch nur einem Teil der Arbeiter. Als sie damit keine Gegenliebe fand, was bei Löhnen von 25 bis höchstens 40 Pf. verständlich ist, wurde einfach der Vertrauensmann und noch ein Kollege, trotz bestehender Kündigungsfrist von 14 Tagen, ohne solche entlassen. Die Arbeiter erklärten sich darauf solidarisch und reichten unter Berufung auf das Hilfsdienstgesetz ihre Kündigung ein, schlugen aber vor, die Sache dem Kriegsausschuß zur Entscheidung vorzulegen. Da die Ausschüsse noch nicht gebildet waren, verzögerte sich die Sache, so daß die Kündigung abläuft, ehe der Kriegsausschuß dazu Stellung nehmen kann. Erneut angebahnte Vermittlungsversuche der Organisation wurden abgelehnt und dafür von den Arbeitern der Austritt aus der Organisation verlangt. Während die Arbeiter durch das Hilfsdienstgesetz angehalten sind, trotz schlechterer Entlohnung durch Verweigerung des Kriegsscheines in dem Betrieb zu bleiben, nimmt sich hier ein Arbeitgeber das Recht heraus, einfach die Arbeiter aus Pfaster zu werfen, um damit die Organisation aus seinem Betrieb fernzuhalten. An Stelle der bisher Beschäftigten erklärte die Firma Frauen einzustellen und sie zu den bisher von männlichen Arbeitern erfüllten Arbeiten an gefährlichen Maschinen zu verwenden. Mit diesem Fall werden sich die zuständigen Instanzen noch näher beschäftigen.

Aus der Holzindustrie.

Eine unhaltbare Entscheidung.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Der Kriegsausschuß für die Metallindustrie von Stuttgart und Umgebung, der bis zur Errichtung der im § 9 des Hilfsdienstgesetzes



- Ehrentafel**
Der im Kriege gefallenen Verbandsmitglieder
- Der Ortsname bedeutet die Zahlstelle, welcher der Kollege zuletzt angehört hat.
- Karl Albin, Böttcher, Bauhen.
 - Paul Bartsch, Tischler, Görlitz.
 - Max Bartsch, Klavierarb., Liegnitz.
 - Theodor Bayer, Wiesbaden.
 - Aug. Beer, Tischler, Liegnitz.
 - Ludwig Bender, Wiesbaden.
 - Eugen Bengel, Wiesbaden.
 - Ernst Benge, Tischler, Berlin.
 - Willy Berger, Tischler, Görlitz.
 - Wilhelm Böhle, Tischler, Minden.
 - Wilhelm Bohn, Schreiner, Marbach.
 - Christ. Brenner, Stellm., Stuttgart.
 - L. Broderfen, Tischler, Scherrebek.
 - Johann Bub, Bleistiftarb., Nürnberg.
 - Friedrich Bud, Schreiner, Stuttgart.
 - Emil Dühringer, Mühlhausen i. El.
 - Theodor Cramer, Wiesbaden.
 - Karl Dahinten, Schr., Nürnberg.
 - Gustav Dallchow, Tischler, Berlin.
 - Georg Dongus, Schreiner, Stuttgart.
 - Gustav Drechsler, Tischler, Leipzig.
 - Ludwig Edel, Wiesbaden.
 - Paul Edenweber, Schr., Bamberg.
 - Georg Edstein, Drechsler, Nürnberg.
 - Friedr. Engelhardt, Schr., Nürnberg.
 - Herm. Fahnle, Klaviaturm., Stuttgart.
 - Peter Feidner, Wiesbaden.
 - Michael Feulner, Drechsler, Nürnberg.
 - Albert Finkelstein, Polierer, Altenburg.
 - Johannes Fleischer, Neustädte.
 - Gustav Folge, Korbm., Liegnitz.
 - Otto Franke, Polierer, Berlin.
 - Karl Freund, Wiesbaden.

- Erhardt Friedrich, Fäger, Schney.
- Johannes Freitag, Tischl., Freiberg i. S.
- Hugo Funke, Tischler, Frankenberg.
- Karl Gähr, Wiesbaden.
- Otto Gräse, Masch.-Arb., Leipzig.
- Gustav Grachten, Tischl., Altenburg.
- Ludwig Grech, Wiesbaden.
- Gustav Große, Tischler, Hamburg.
- Karl Haaf, Friedrichroda.
- Georg Härtel, Tischler, Leipzig.
- Joh. Hansen, Tischler, Hamburg.
- Alois Heber, Pinselm., Nürnberg.
- Goetlieb Heilmann, Stellm., Kassel.
- Richard Hengst, Brand.
- Arthur Heyne, Schleifer, Leipzig.
- Ernst Hietzsch, Tischl., Eisenberg.
- Goeth. Hildenbrand, Stuttgart.
- Karl Höbe, Masch.-Arb., Lauterberg.
- Eugen Höb, Schreiner, Stuttgart.
- Willy Hofmann, Knopfm., Schmölln.
- Simon Hoffmann, Schr., Nürnberg.
- Heinrich Hohenroth, Tischl., Minden.
- Peter Jähst, Wiesbaden.
- Fritz Jahr, Drechsler, Schmölln.
- Johann Jambor, Modellt., Berlin.
- Johann Jörg, Schreiner, Stuttgart.
- Gustav Jones, Tischler, Potsdam.
- L. Jütte, Tischler, Göttingen.
- Wilhelm Kassner, Tischler, Dessau.
- Heinrich Keller, Tischler, Minden.
- Richard Kipping, Tischler, Zeitz.
- Reinhold Klante, Tischler, Spremberg.
- Josef Klein, Wiesbaden.
- Paul Köhler, Großenhain.
- Emil Kock, Eisentischler, Eisenberg.
- Ernst Kluft, Schreiner, Nürnberg.
- Richard Kneisel, Tischl., Frankenberg.
- Karl Kobilich, Tischler, Frankenberg.
- Kurt König, Knopfm., Schmölln.
- Ernst Köpnick, Tischler, Spremberg.
- Josef Kral, Tischler, Eisenberg.

- Herm. Krausch, Polierer, Altenburg.
- Gerhard Krenner, Brand.
- Kurt Kähler, Tischler, Leipzig.
- Ferdinand Lind, Wiesbaden.
- Wolff Lint, Wiesbaden.
- Georg Lohse, Schreiner, Kassel.
- H. Lübbert, Tischler, Bagedorf.
- Max Mähner, Masch.
- Friedrich Meister, Schreiner, Kassel.
- Hans Meyer, Pinselm., Nürnberg.
- Paul Meyer, Neustädte.
- Max Meißel, Schreiner, Krefeld.
- Eduard Müller, Drechsler, Nürnberg.
- Kasper Munter, Bleistiftarb., Nürnberg.
- Albert Neumann, Drechsler, Kolone.
- Max Nieme, Tischler, Eisenberg.
- Heinrich Peters, Tischler, Harburg.
- Johann Pidel, Holzarb., Nürnberg.
- Heinrich Preuß, Wiesbaden.
- Albert Reile, Stellm., Stuttgart.
- Richard Reichel, Neustädte.
- Heinrich Reichel, Wiesbaden.
- Johann Reiert, Wiesbaden.
- Willy Richter, Tischl., Lützenwalde.
- Ernst Rickardt, Tischler, Hamburg.
- Michael Röhl, Schr., Nürnberg.
- Christian Röhl, Wiesbaden.
- Heinrich Rohrbach, Schreiner, Wanne.
- Karl Ruhlmann, Zeichner, Leipzig.
- Emal Sachs, Masch.
- Georg Schaaf, Fräser, Marbach.
- Joh. Schacht, Masch.-Arb., Hamburg.
- Wilhelm Schäfer, Wiesbaden.
- Fritz Schaller, Polierer, Hamburg.
- Karl Scharenberg, Tischl., Hannover.
- Johann Scherer, Bleistiftarb., Nürnberg.
- Andreas Schering, Schr., Nürnberg.
- Gustav Schirmacher, Königsberg i. Pr.
- Robert Schmitt, Tischl., Eisenberg.
- Karl Schmidt, Tischler, Göttingen.
- Andreas Schöpf, Holzarb., Schney.

- Arthur Schott, Stuhl., Rabenau.
- Hermann Schreiber, Tischler, Leipzig.
- Konrad Schröder, Weidensteine.
- Heinrich Schuch, Schreiner, Kassel.
- Willy Schulz, Tischler, Hamburg.
- Lebrecht Schulz, Tischler, Eisenberg.
- Emil Schwan, Großenhain.
- Eugen Schwelger, Wiesbaden.
- Julius Seipelt, Tischl., Freiberg i. S.
- Paul Stopinoff, Wiesbaden.
- Ludwig Spangler, Pinselm., Nürnberg.
- Franz Stehfest, Tischler, Zeitz.
- Richard Stein, Tischler, Leipzig.
- G. Steindrenner, Schreiner, Stuttgart.
- Georg Stürmer, Tischler, Berlin.
- Richard Suhr, Tischler, Hamburg.
- Max Tauchnitz, Klavierarb., Eisenberg.
- Paul Thieme, Hilfsarb., Leipzig.
- Otto Thieme, Tischler, Spremberg.
- Wilhelm Trapp, Wiesbaden.
- Paul Trugenberg, Schr., Stuttgart.
- Johann Volkert, Schr., Nürnberg.
- Franz Volz, Wiesbaden.
- Otto Wagner, Pinselm., Nürnberg.
- Carl Wanne, Schreiner, Kassel.
- Georg Weber, Schr., Nürnberg.
- Beeri Weerts, Tischler, Emden.
- Richard Weidert, Tischl., Freiberg i. S.
- Franz Weidenbach, Ludwigsburg.
- Josef Weich, Karlsruhe.
- Georg Werner, Stodarbeiter, Kassel.
- Paul Wolf, Tischler, Halle.
- Max Worrischel, Tischler, Zeitz.
- Albin Zetsche, Tischler, Zeitz.

Ehrentafel

Von der Zahlstelle Nürnberg wird uns mitgeteilt, daß der im vorigen Jahre als gefallener Kollege August Kretschmer, Schreiner, noch am Leben ist. Die Meldung beruht auf einem Irrtum.

vorgesehenen Kriegsausschüsse die anfallenden Streitfälle wegen Verweigerung der Abkehrscheine zu erledigen hat, fällt am 10. Januar folgenden Entscheid:

„Der Kriegsausschuß hat einstimmig beschlossen, daß die Fahrzeugfabriken, die der Metallindustrie angehören, nicht unter die für das Holzgewerbe in Berlin getroffenen Abmachungen fallen. Er war jedoch bestrebt, die Lohnverhältnisse der in Betracht kommenden Werke zu prüfen und durch entsprechende Aufbesserungen einen Ausgleich der Verdienste zu schaffen. Demgemäß erhalten die Maschinenarbeiter die seitherige Zulage von 15 Prozent weiter und eine neue Zulage von 20 Prozent, die Akkordarbeiter auf den seitherigen Stundenlohn eine Zulage von 20 Prozent. Die Akkorde werden entsprechend durchgesehen. Die erhöhten Verdienste kommen ab 3. Januar 1917 zur Berechnung. Der Kriegsschein ist nicht auszustellen.“

Es handelte sich hier um die Holzarbeiter in den Fahrzeugfabriken in Heilbronn, die bereits im Herbst beabsichtigten, in eine Teurungsbewegung einzutreten. Mit Rücksicht auf die für das gesamte Holzgewerbe bevorstehende Neuregelung der Lohn- und Teurungszulagen nahmen die Kollegen davon zunächst Abstand. Als nun am 10. November 1916 vor dem Reichsamt des Innern eine Einigung über diese Zulagen erfolgt war, erhoben auch die in den Fahrzeugfabriken beschäftigten Holzarbeiter darauf Anspruch, das um so mehr, als die dortigen Firmen den Schreincern und Maschinenarbeitern noch Stundenlöhne von 47 bis 64 Pf. Höchstlohn zahlen. Auf die Einreichung der Forderungen erfolgte am 16. Dezember seitens des Württembergischen Metallindustriellen-Verbandes die Mitteilung, daß ihr Verband es grundsätzlich ablehnt, die für andere Berufe bestehenden Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.

Nachdem die Arbeiter daraufhin die Arbeit niedergelegt hatten, fanden dann doch Verhandlungen zwischen unserem Gewerkschafter und dem Verband Württ. Metallindustrieller in Heilbronn statt, die aber zu keiner Einigung führten. Da unsere Kollegen die Abkehrscheine verlangt hatten, mußte nun die Sache vor den Ausschuß kommen.

Die Zusammensetzung des Ausschusses entsprach nicht den im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Bestimmungen, wonach der dritte Vertreter aus dem Beruf zu entnehmen sei, welchem der betreffende Hilfsdienstpflichtige angehört, weil eben noch der für die Metallindustrie geschaffene Kriegsausschuß zu entscheiden hatte. Es war nun zu entscheiden, ob die der Holzindustrie angehörenden und als solche beschäftigten Holzarbeiter in der Metallindustrie Anspruch auf die für das Gesamtgewerbe der Holzindustrie bestimmten Löhne und Teurungszulagen haben und die vom Reichsamt des Innern getroffenen Vereinbarungen auch von der Metallindustrie zu erfüllen sind.

Das war zunächst die prinzipielle Seite, die aber auch sachlich berechtigt ist. Wenn die unter den Kriegsereignissen schwerer betroffene Holzindustrie ihren Arbeitern diese Löhne und Teurungszulagen zahlen muß, so kann das von der mit Kriegsaufträgen reichlich versehenen Metallindustrie zum mindesten auch verlangt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Heilbronner Firmen zurzeit dieselben Arbeiten machen, die heute in einer ganzen Reihe von Schreinerereien angefertigt werden, die ihren Arbeitern anstandslos die vereinbarten Zulagen gewähren. Trotzdem entschied der Kriegsausschuß, daß diese Firmen nicht unter diese Vereinbarungen fallen, weil sie der Metallindustrie angehören.

Die Bedeutung der Entscheidung geht weit über den Einzelfall hinaus. Durch das Gesetz über den väterländischen Hilfsdienst werden in nächster Zeit Laufende von Arbeitern aus ihren bisherigen Betrieben herausgeholt werden und in Betriebe der Metallindustrie eintreten müssen.

Sofern sie dabei ihren Beruf wechseln, sind natürlich andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die im § 8 des Gesetzes aufgeführt sind. Sofern sie aber auf ihrem Berufe weiterarbeiten und nur die Art der Arbeit eine andere ist, muß unter allen Umständen verlangt werden, daß ihnen

die in ihrem Berufe und Gewerbe erkämpften Löhne sichergestellt werden. Würde die Entscheidung des Stuttgarter Kriegsausschusses Schule machen, dann würden sich die Arbeiter bestimmter Berufe, die solchen Gefahren ausgesetzt würden,

Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1916.

Gau	Zahlstellen haben betragen	Mittelgliederzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im Quartale	Unterstützung haben erhalten							
			vom vorigen Quartal	Zugang i. diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise			
								Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.
Danzig	39	1529	1	21	22	11	5	53	74	50	33	80	70	50	—
Stettin	36	1237	1	13	14	—	3	63	100	14	18	35	33	40	—
Breslau	45	2867	47	193	240	40	32	335	491	11	11	23	21	50	—
Berlin	88	13487	184	2960	3144	179	4	181	2167	3324	74	103	271	268	15
Dresden	53	7317	10	234	244	61	2	34	381	525	45	35	72	67	40
Leipzig	53	7911	150	536	686	141	—	85	817	832	68	22	46	41	35
Erfurt	71	2476	10	45	55	13	1	25	213	303	85	13	22	21	40
Magdeburg	34	2687	18	34	52	14	—	5	58	96	70	29	54	51	20
Hamburg	62	7809	98	977	1075	43	3	48	585	902	90	76	161	135	20
Hannover	40	3311	8	300	308	6	1	8	171	149	36	29	65	65	—
Düsseldorf	49	2526	3	56	59	3	1	8	88	136	60	25	63	62	—
Frankfurt	57	3400	7	121	128	7	—	22	257	359	34	8	20	20	—
München	53	5624	124	210	334	140	—	141	2082	2090	65	14	36	36	—
Münster	31	2967	23	108	131	12	—	50	596	644	10	7	14	13	70
Stuttgart	68	3501	14	40	54	10	—	10	84	140	67	11	25	23	50
Saarlautern	—	69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Quartal 1916	779	68718	698	5848	6546	680	13	660	7950	10171	79	434	987	950	30
3. " 1916	784	68646	1087	7122	8209	693	11	909	10343	13975	65	880	1947	1854	29
2. " 1916	793	69721	1182	8039	9221	1037	12	1531	19396	28055	45	1135	2441	2344	51
1. " 1916	816	68866	1984	9576	11560	1182	16	2578	33403	47049	58	1338	2806	2684	62
4. " 1915	818	70928	2103	10565	12668	1982	17	2607	34788	48073	50	1502	2928	2782	79

Im vierten Quartal 1916 meldeten sich insgesamt 6546 Mitglieder arbeitslos, gegen 8209 im vorigen Quartal und 12631 im vierten Quartal 1915.

Die Prozentziffer der Arbeitslosen zur jeweiligen Mitgliederzahl betrug im Berichtsquartal 9,5, im Vorquartal 11,9 und im vierten Quartal des Vorjahres 17,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist also im Berichtsquartal gegen das Vorquartal um 2,4 Prozent und gegen das Vergleichsquartal des Vorjahres um 8,3 Prozent gesunken. Auch der Prozentsatz der Mitglieder, die am letzten Tage des Quartals arbeitslos waren, ist um ein geringes gesunken, er beträgt 0,99 Prozent gegen 1,0 Prozent im Vorquartal und 2,8 Prozent des vorjährigen Vergleichsquartals.

Von den Gauen hat der Gau Berlin mit 23,3 (26,9 im Vorquartal) den höchsten Prozentsatz der Arbeitslosen aufzuweisen. Dann folgen: Hamburg 13,8 (16,6), Hannover 9,3 (10,9), Leipzig 8,7 (14,0), Breslau 8,3 (10,0), Nürnberg 5,9 (6,9), München 4,4 (7,2), Frankfurt 3,8 (3,5), Dresden 3,3 (4,0), Düsseldorf 2,3 (3,7), Erfurt 2,2 (6,2), Magdeburg 1,9 (2,6), Stuttgart 1,5 (2,2), Danzig 1,4 (1,4) und Stettin 1,1 (2,0).

Ein Fall in der Arbeitslosenziffer zeigen demnach 13 Gauen, während im Gau Frankfurt eine geringe Steigerung einsetzte; im Gau Danzig blieb die Ziffer unverändert.

Die Zahl der am Quartalschluß verbleibenden Arbeitslosen geht in den Gauen Nürnberg mit 2,5, Leipzig 1,6, Breslau 1,4 und Berlin 1,3 Prozent über den Reichsdurchschnitt von 0,99 Prozent hinaus.

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im Berichtsquartal auf 5848 gegen 7122 bzw. 10528 in den beiden angeführten Vergleichszeiten.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bezieht sich auf 660; im vorigen Quartal betrug sie 909 und im vierten Quartal des Vorjahres 2598. Auf 100 Arbeitslose entfallen 10,4 Unterstützte gegen 11,1 bzw. 20,6 in den angeführten Vergleichszeiten.

Der Anteil der Unterstützten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen schwankt in den einzelnen Gauen zwischen 45,4 und 2,6 Prozent; er bezieht sich im Gau Erfurt auf 45,4, Nürnberg 43,1, München 38,1, Danzig 22,1, Stettin 21,4, Stuttgart 18,5, Frankfurt 17,2, Dresden 13,9, Düsseldorf 13,6, Breslau 13,3, Leipzig 12,4, Magdeburg 9,6, Berlin 5,7, Hamburg 4,5 und Hannover 2,6 Prozent.

Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 12,0 Tage gegen 11,4 Tage im vorigen und 13,3 Tage im vierten Quartal 1915.

Der durchschnittliche Betrag der ausgezahlten Unterstützung betrug im Berichtsquartal 15,41 Mt. im vorigen Quartal 15,37 Mt. und im Vergleichsquartal des Vorjahres 18,43 Mt.

Den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit hat der Gau Hannover mit 21,4 Tagen aufzuweisen, den niedrigsten der Gau Stuttgart mit 8,4 Tagen. In bezug auf den durchschnittlichen Unterstützungsbetrag steht der Gau Stettin mit 33,38 Mt. an erster und der Gau Leipzig mit 9,80 Mt. an letzter Stelle.

Die Reiseunterstützung ist gegen das vorige Quartal um 903,99 Mt., gegen das vierte Quartal 1915 um 1632,49 Mt. niedriger.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Zum Schluß richten wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberchtigter oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Sekretärverwaltung nicht versäumen möge.

Der Verbandsvorstand.

nur sehr ungern in den Dienst der Waffen- und Munitionsherstellung begeben, weil mit dem Uebertritt in einen anderen Betrieb auch ihre bisherigen Existenzbedingungen gefährdet würden. Das liegt aber gar nicht im Sinne des Gesetzes, denn wenn schon im § 8 des Gesetzes auf die Entlohnung ausdrücklich hingewiesen wird, so kann doch unmöglich ein Kriegsaussschuß sich damit in Widerspruch setzen, indem er einer Arbeitgebergruppe das Recht einräumt, sich über die in einem Gewerbe bestehenden Rechtsgrundlagen hinwegzusetzen.

Wir hoffen deshalb, daß die nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen Ausschüsse ihre Entscheidungen in Zukunft von anderen Gesichtspunkten aus fällen, wie das der Kriegsaussschuß der Metallindustrie für Stuttgart und Umgebung getan hat, wo der Vorsitzende des Ausschusses schon bei Beginn der Verhandlungen keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß die Metallindustriellen gar nicht daran denken, ihren „Serrenstandpunkt“ aufzugeben, und die Leute so entlohnen, wie es ihnen gefällt.

Gewerkschaftliches.

Das Jubiläum einer Niederlage.

Vor 25 Jahren, am 18. Januar 1892, haben die deutschen Buchdrucker nach zehnwöchigem vergeblichen Streik die Arbeit wieder aufgenommen. Es war der größte Streik, der bis dahin in Deutschland geführt wurde, und wenn man sich später auch daran gewöhnt hat, bei Lohnkämpfen mit größeren Zahlen zu rechnen, so sind die 2 1/2 Millionen Mark, die der Buchdruckerstreik den Gehilfen gekostet hat, eine sehr respektable Summe. Die Buchdrucker haben Recht, die Erinnerung an diesen verlorenen Streik aufzufrischen. Sie sind vor 25 Jahren in Ehren unterlegen, und die damalige Niederlage wurde zum Ausgangspunkt für eine glänzende Entwicklung ihrer Organisation. Seit jener Zeit ist der Buchdrucker-Verband an Mitgliedern und Vermögen, an Macht und Einfluß dermaßen gewachsen, daß seither eine erhebliche Erschütterung des gewerblichen Friedens nicht mehr eingetreten ist.

Was die Unternehmer des Buchdruckergewerbes vor 25 Jahren errungen haben, war kein Sieg in offener Schlacht. Die Staatsgewalt hatte sich schließend vor die Unternehmer gestellt. Der preussische Minister des Innern erklärte den Streik — für statutenwidrig. Das war eine merkwürdige Deduktion. Das Statut hatte früher als eine der Aufgaben des Verbandes die „strenge Aufrechterhaltung der mit den Prinzipalen getroffenen Vereinbarungen in bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit“ genannt. Die Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1891 hatte diese Worte abgeändert in: „vom Verein als maßgebend anerkannten Arbeitsbedingungen“. Das neue Statut war noch nicht genehmigt, und so griff der Berliner Polizeipräsident ein. Er verbot das Auszahlen von Streikunterstützung aus der Verbandskasse und das Ausschreiben von Extrabeiträgen. Dagegen wurde dem Verband aufgegeben, von den ausgeschlossenen Streikbrechern Beiträge anzunehmen.

Das Ziel des damaligen Kampfes war die Einführung des Neunstundentages. Es ist damals nicht erreicht worden. Die Buchdrucker sind in dem großen Kampf unterlegen, aber sie wurden nicht besiegt. Die Unternehmer haben wohl aus dem durch behördliche Hilfe errungenen Sieg in unanständiger Weise Vorteil gezogen. Von den 10 000 Streikenden wurde mehr als ein Drittel mehr oder weniger offen gemahregelt, den Arbeitern wurde zugemutet, ihre Nichtzugehörigkeit zum Verband zu erklären, statt dessen hatte sich eine von den Streikbrechern gebildete Gegenorganisation großen Wohlwollens zu erweisen. Aber der schließliche Erfolg war doch bei den Arbeitern. Der Buchdrucker-Verband hat nach dem Streik einen glänzenden Aufschwung genommen, und er kann auf die seit seiner Niederlage verfloßenen 25 Jahre mit hoher Befriedigung zurückblicken.

Der Fleischer-Verband hat die bei Kriegsausbruch aufgehobene Krankenunterstützung mit dem 1. Februar 1917 wieder eingeführt. Die Unterstützung beträgt nach einer sechstägigen Karenzzeit 1 Mk. pro Tag bis zum Höchstbetrage von 30 Mk. Weibliche Mitglieder erhalten die Hälfte. Um diese Unterstützung vor einem etwaigen Zugriff der Kranken-

lassen zu schützen, betont der Vorstand in seiner Bekanntmachung, daß den Mitgliedern ein rechtlicher Anspruch auf die Krankenunterstützung nicht zusteht.

Literarisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Januarheft eine Abhandlung von Hugo Hillig über die Möbeltischlerei in der vom Kriege sehr schwer betroffenen Stadt Hamburg. Weitere Aufsätze behandeln die Entwicklung der kunstgewerblichen Holzbearbeitung sowie den Werdegang der Tisch- und die Türen des Altertums. Das Heft ist wie immer reich illustriert.

Verbandsmitglieder beziehen das monatlich erscheinende „Fachblatt für Holzarbeiter“ durch die Ortsverwaltungen zum Preise von 1 Mk. pro Quartal. Durch die Post oder den Buchhandel bezogen kostet es vierteljährlich 1,20 Mk. Das Fachblatt erscheint im Verlage des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Um Deutschlands Zukunft. Herausgegeben vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler. Unter diesem Sammeltitel will der Bund deutscher Gelehrter und Künstler, der sich während des Krieges aus Vertretern der freien geistigen Berufe gebildet hat, zehn Flugschriften herausgeben. Das erste Heft dieser Sammlung ist jetzt erschienen. Es ist betitelt: Das Volk und der Krieg und vom Reichstagsabgeordneten Max Cohen (Neuß) verfaßt. Die Schrift wendet sich an die breiten Volksmassen, besonders an die sozialistisch orientierten. Der Verfasser versucht die Ursachen des Weltkrieges darzulegen, und er weist nach, daß im Falle einer Niederlage gerade die breiten Massen Außerordentliches zu verlieren haben. Die im Verlag von Reimar Hobbing in Berlin erschienene Broschüre kostet 40 Pf.

Lohnbuch für das Jahr 1917 zu Steuerzwecken. Von S. Wolfframm. Als Grundlage zur Steuereinschätzung für das Jahr 1918/19. Zum Gebrauch für preussische Steuerzahler. Preis 30 Pf. Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G.

2 bis 3 tüchtige Tischlergesellen für Bau- und bessere Möbelarbeiten für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Hoher Lohn, freie Kost und Logis.
Grieh Boege, Baruth (Mark).

Tischler sucht in dauernde Beschäftigung
Emil Weinhold, Möbelfabrik, Wilsdruff i. S.
Tüchtige Anschläger stellt ein
Kurt Siebert, Möbelfabrik, Rastenburg i. Ostpr.

Werkmeister zur Einrichtung einer Fabrikation von Schuhen aus reinem Holz sowie Holzsohlen per sofort gesucht. Nur erste Kräfte, die mit dieser Fabrikation durchaus vertraut sind, wollen sich melden.
Hans Wiesner, Berlin-Reinickendorf, Beltener Straße 1.

Bergolder und Polierer für Ovalrahmen sucht sofort
Franz Eckert, Rahmenfabrik, Buchholz i. Sachsen.

Holzdrehler für Heereslieferungen gesucht.
Reich, Goldmann & Co., Offenbach a. M.
Mehrere Korbmacher auf Geschloßkörbe.
Wilh. Wader, Bremen, Heerdentorsteinweg 43.

Korbmacher auf Geschloßkörbe bei Tariflöhnen sucht sofort
Korbkunst Hildburghausen.
2 Korbmacher auf Weiß- und Grün- geschlagen für dauernde Arbeit gesucht.
E. Walz, Gardelegen (Altmark).

Suche per sofort
20 Korbmacher
auf mittlere Minenkörbe und 98er Munitionskörbe.
Jul. Mosler, Kgl. Bayer. Hofschwarzwarenfabrik, München, Frauenplatz 8.

Korbmacher für 21 er Langgranatenkörbe gesucht.
Hermann Kühn, Kößchenbroda b. Dresden.

Korbmacher
auf runde 66er Geschloßkörbe gesucht
Gebr. Wolff, Bernburg

Tüchtige Korbmacher
auf Feldpatronenkörbe, 15 - cm - Langgranaten- und 10 - cm - Patronenkörbe stellt ein bei höchstem Lohn (Tarif I)
J. Kennert, Eifenach (Thür.).

Korbmacher auf runde Geschloßkörbe sowie auf Munitionskörbe 98, bei erhöhtem Akkordlohn und Leistungszulage, stellt sofort ein
E. Schleginger & Co, Berlin, Krautstr. 4/5.

Korbmacher
auf Geschloßkörbe sucht
Zeiger Transportkorbfabrik
Zeitz, Leipziger Straße 14.

Grubenholz, zirka 50 Morgen 45 bis 50jähriger Cottbus, zu verkaufen. Näheres D. Kieschke, Cottbus.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bewaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 13. Januar, bis Freitag, 19. Januar 1917.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drehler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin	17	—	27	30	30	27	30	—	29	18	—	25	2	—	5	87	5	99	184	35	219
Bremen	5	—	1	3	—	—	3	4	—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	16	9	1
Breslau	3	2	—	—	3	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	3	4	—	6	11	—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	2	4	—	3	7	—	—	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	—	5	16
Eisenburg	—	—	—	—	1	6	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	1	10
Hert	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	6	—	1	8	36	7	5	11	1	3	2	1	—	—	—	2	2	2	24	51	12
Lübeck	—	3	—	—	1	23	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Zusammen	33	9	29	46	105	34	38	25	36	21	5	27	2	—	5	97	17	115	237	161	249
Sor. Woche	31	11	34	45	107	47	27	19	36	19	4	34	4	—	9	117	49	115	243	190	273

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Gestorbene Mitglieder.
Nikolaus Deinger, Pinselmacher, 47 Jahre, gest. in Nürnberg.
Wilhelm Günther, Maschinenarbeiter, gest. in Zeitz.
Otto Roland, Maschinenarbeiter, gest. in Zeitz.
Friedrich Alwein, Korbmacher, gest. in Zeitz.
Wilhelm Beer, Tischler, gest. in Zeitz.
Arno Zeidler, Holzarbeiter, 37 J., gest. in Baugen.
Wilh. Berger, Tischler, 58 Jahre, gest. in Baugen.
Joh. Dirrigl, Säger, 58 Jahre, gest. in Nürnberg.
Friedr. Rige, Maschinenarbeiter, 51 J., gest. in Halle a. d. Saale.
Max Lichtenberger, 19 Jahre, gest. in Brand (Sachsen).
Moritz Bernhardt, Schreiner, 33 J., gest. in Offenbach a. M.
Konrad Daum, Drechsler, 30 Jahre, gest. in Offenbach a. M.
Joseph Czopka, Tischler, 62 Jahre, gest. in Berlin.
Rudolf Gebauer, Tischler, 35 J., gest. in Berlin.
Gustav Belka, Tischler, 64 Jahre, gest. in Berlin.
Otto Schulz, Tischler, 47 Jahre, gest. in Berlin.
Ehre ihrem Andenken.

Tischler
für edle Möbel sucht
Kob. Geißler, Möbelfabrik, Wilsdruff (Sa.).
5 Bautischler und 5 Möbeltischler gesucht.
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Braunschweig, Schloßstr. 8.

Tüchtige Möbeltischler
auf eichene Speise- und Herrenzimmer sofort gesucht.
Richard Elze, Hübener & Co., G. m. b. H., Dessau.
Vetterer militär-freier Tischschneider und Korbmacher für Tischlerei sofort gesucht.
E. Behn, Wilhelmshaven.

Modellschreiner.
Für Flugmotorenmodelle werden einige tüchtige Modellschreiner, die evtl. schon auf Flugmotorenmodelle gearbeitet haben, für dauernde Beschäftigung gesucht.
Rapp-Motoren-Werke, München 46, Schleißheimer Straße 288.